

Von: [Agnieszka Brugger](#)
An: antwort@rentenpolitikwatch.de
Thema: AW: Ihre Position zu drängenden Fragen der Rentenpolitik
Datum: Mittwoch, 15. Februar 2017 10:22:16
Anlagen:

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte haben Sie Verständnis für die längere Bearbeitungszeit meiner Antwort. Da ich den Anspruch habe, an mich gerichtete Briefe selbst zu beantworten, kann dies aufgrund der hohen Zahl an Zuschriften zu einiger Verzögerung führen.

In einer auch sehr emotional geführten Rentendiskussion werden die Interessen der verschiedenen Generationen oft gegeneinander ausgespielt, was ich für einen falschen Weg halte. Daher setzte ich mich für eine nachhaltig finanzierbare und sozial gerechte Rentenpolitik ein. Schwarz-Rot hingegen geht die grundsätzlichen Strukturprobleme des deutschen Rentensystems nicht an, was die zukünftigen Beitragzahler*innen belastet, das allgemeine Rentenniveau mittelfristig sinken lässt und weder Jung noch Alt hilft.

Das System der Umlagefinanzierung und des Generationenvertrages ist aus grüner Sicht grundsätzlich sinnvoll angelegt. Allerdings haben derzeit mehr als zwei Millionen Ältere in Deutschland ein Einkommen unterhalb der EU-Armutrisikogrenze, darunter überdurchschnittlich viele Frauen. Aufgrund unsteter Erwerbsbiographien sehen die Prognosen für die Zukunft sogar einen weiteren Anstieg der Altersarmut. Trotz des milliardenteuren Rentenpaketes werden diese Probleme durch die schwarz-rote Bundesregierung einfach ausgeblendet. Es ist für uns Grüne eine Frage der Gerechtigkeit und der Würde, dass Menschen im Alter ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können.

In Fragen der Rentenpolitik stehe ich ganz hinter der Partei-Position von Bündnis 90/Die Grünen. Wir Grüne wollen nicht weniger Geld in die Rente stecken, sondern es sinnvoller und zielgerechter investieren. Dazu muss eine steuerfinanzierte Garantierente eingeführt werden, die langjährig Versicherte durch ein Mindestniveau in der Rentenversicherung vor Armut schützt. Hiervon profitieren insbesondere Frauen, die auf Grund von Zeiten der Kindererziehung sehr geringe Renten beziehen. Die Einnahmeseite der gesetzlichen Rentenversicherung wollen wir stärken, indem wir sie mittelfristig zur Bürgerversicherung weiterentwickeln, in die alle Bürger*innen – also auch Beamt*innen, Selbständige und Abgeordnete – unabhängig von ihrem Erwerbsstatus einzahlen. Gleichzeitig sollen die alle Einkommensarten einbezogen werden. Auf diese Weise spielen wir Jung und Alt nicht gegen einander aus, sondern stellen das Rentensystem auf eine breitere, solidere und gerechtere Grundlage. Denn so können viele Menschen aller Generationen profitieren.

Diese Positionen werden sie auch meinen Antworten auf Ihre Fragen entnehmen.

Frage 1: Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Teilweise:

Die Legitimität der gesetzlichen Rentenversicherung wird nur dann gewahrt, wenn langjährig Versicherten keine Armut droht und wenn sich eigene Beiträge tatsächlich lohnen. Letzteres gilt für kleine, mittlere und hohe Einkommen gleichermaßen. Denn nur wem trotz langjähriger Beitragszahlung im Rentenalter keine Sozialhilfe droht oder wem die Möglichkeit eröffnet wird, den Lebensstandard jenseits der Armutsgrenze zu sichern, wird der gesetzlichen Sozialversicherung langfristig Vertrauen schenken. Wir setzen daher auf eine starke gesetzliche Rentenversicherung mit einem angemessenen Rentenniveau und einer Garantierente. Die Grünen haben zu diesem Fachbereich eigens eine Rentenkommission eingerichtet, die sich dem Thema des Sicherungsniveaus in der gesetzlichen Rente gesondert gewidmet hat. Den Abschlussbericht können Sie hier nachlesen:

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/GRUENE_Abschlussbericht_Rentenkommission.pdf

Frage 2: **Altersarmut verhindern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Ja:

Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, daher lautet hier die Antwort ganz eindeutig ja! Über eine steuerfinanzierte Garantierente soll langjährig Versicherten eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus garantiert werden. Die Einzelheiten unseres Konzeptes finden Sie hier:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713493.pdf>

Frage 3: **Erwerbstätigenversicherung:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Ja:

Wir setzen uns für eine Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflege- sowie der Rentenversicherung ein, in die alle Erwerbstätigen – Angestellte genauso wie Selbständige, Beamt*innen oder Politiker*innen – unter der Berücksichtigung aller Einkunftsarten einbezogen werden. So sind die Bürger*innen gut abgesichert und versorgt und können sich entsprechend ihrer Einkommen an der Finanzierung beteiligen. Wir Grüne sind der Auffassung: nur wenn soziale Sicherungssysteme verlässlich, solidarisch und gerecht sind, schenken die Bürger*innen ihnen ihr Vertrauen.

Frage 4: **Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken:** Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der gRV umgeleitet werden?

Teilweise:

Um die Einnahmesituation der Rentenkassen nachhaltig zu verbessern sind mehrere Maßnahmen notwendig, die auch aus gesellschaftspolitischen Gründen unsere Unterstützung finden. So muss sich z.B. der Bund stärker als bisher an den so genannten versicherungsfremden Leistungen der Rentenkasse beteiligen. Es kann nicht sein, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Mütterrente einseitig zulasten der gesetzlichen Rentenversicherung gehen. Bei den Förderbeiträgen der Rentenversicherung setzen wir uns dafür ein, zu jeder Zeit freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Säule zu entrichten, die dann entsprechend zur Riester-Förderung gefördert werden.

Frage 5: **Rentenpolitische Fehler korrigieren:** Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- zu West-Renten?

Teilweise:

Eins vorab: wir sind die einzige Fraktion, die sofort eine komplette Vereinheitlichung zwischen Ost und West fordert. Die Riester-Rente ist aus unserer Sicht in ihrer bisherigen Form gescheitert. Wir wollen einen Bürgerfonds einführen, ein öffentlich verwaltetes, einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt. Dieser Bürgerfonds soll sowohl für die betriebliche wie für die private Altersvorsorge offen stehen. Die öffentliche Förderung der privaten Altersvorsorge hat in der Vergangenheit eine Benachteiligung von Geringverdiener*innen nach sich gezogen, die wir für höchst ungerechtfertigt halten. Auch bei der Erwerbsminderungsrenten sehen wir deutlichen Nachbesserungsbedarf. So fordern wir die Abschaffung der Abschläge der Erwerbsminderungsrente, wenn diese aus rein medizinischen Gründen gewährt wird. Die Zwangsverrentung lehnen wir komplett ab.

Mit freundlichen Grüßen

Agnieszka Brugger

Agnieszka Brugger, Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 227 - 71570 | Fax: 030 227 - 76195

E-Mail: agnieszka.brugger@bundestag.de

Mehr über meine Arbeit erfahren?

Vorbeischaun auf www.agnieszka-brugger.de

oder bei twitter unter @agnieszka_mdb https://twitter.com/agnieszka_mdb

und facebook <http://www.facebook.com/pages/Agnieszka-Brugger/169881576447003>

Oder hier den Newsletter bestellen :

<http://www.agnieszka-brugger.de/sekm-r/newsletter-bestellen/>

Von: kontakt@rentenpolitikwatch.de [<mailto:kontakt@rentenpolitikwatch.de>]

Gesendet: Mittwoch, 5. Oktober 2016 22:27

An: Agnieszka Brugger <agnieszka.brugger@bundestag.de>

Betreff: Ihre Position zu drängenden Fragen der Rentenpolitik

Frau
Agnieszka Brugger, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Betrifft: Ihre Position zu drängenden Fragen zur Rentenpolitik

Sehr geehrte Frau Brugger,

im April dieses Jahres hatte **rentenpolitikwatch.de** alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages angeschrieben. Auch Ihre persönliche Stellungnahme zu den fünf Fragen wäre uns wichtig gewesen.

Denn wir erwarten von unseren gewählten Abgeordneten, dass sie innerhalb ihrer Parteien und Fraktionen aktiv an der Willensbildung teilnehmen. Das ist ihr grundgesetzlicher Auftrag. Der Verweis auf ein künftiges Partei- oder Wahlprogramm, bzw. die pauschale Beantwortung ihrer Fraktionsführung in ihrem Namen, lässt leider keine Schlüsse darauf zu, wie Sie sich in entsprechenden Debatten und Abstimmungen verhalten werden.

Aber für immer mehr Wähler ist es entscheidend, die Positionen der Politiker zu kennen, denen sie ihre Stimme geben wollen.

Rund 90% der Bevölkerung sind von den rentenpolitischen Entscheidungen abhängig. 90% der auch in ihrem Wahlkreis bzw. Bundesland lebenden Menschen. Es handelt sich also keineswegs um ein Randproblem und dementsprechend erwarten wir auch von jeder/jedem Abgeordneten dass sie/er Stellung bezieht.

Mit den Fünf Fragen beabsichtigen wir über die wichtigsten Felder der zukünftigen Rentenpolitik eine Transparenz zu ermöglichen. Natürlich gehen die Fragen in eine bestimmte Reform-Richtung.

Eine Reform der gesetzlichen Rente ist dringend geboten. Das Ziel muss sein, dass jeder mit der gesetzlichen Rente im Alter ein Leben in Würde führen kann. Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen müssen dabei beseitigt bzw. korrigiert werden.

Sie haben bei der Annahme Ihres Mandates persönlich Verantwortung übernommen. Deshalb dürfen wir bzw. ihre Wählerinnen und Wähler auch ihre persönliche Stellungnahme erwarten.

Bitte senden Sie Ihre Antwort an die E-Mail-Adresse:

antwort@rentenpolitikwatch.de

oder an die Adresse: RENTENPOLITIK-WATCH, c/o DGB Region KERN, Legienstr. 22 , 24103 Kiel.

Mit freundlichen Grüßen

für den RENTENPOLITIK-WATCH Trägerkreis,

Anhang:

Fünf Fragen an die Abgeordneten des Bundestages bzw. an die Kandidaten zur Bundestagswahl 2017 mit kurzen Erläuterungen.

Fünf Fragen an die Abgeordneten des Bundestages bzw. an die Kandidaten zur Bundestagswahl 2017 mit kurzen Erläuterungen:

1. **Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das gesetzliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?**

Erläuterung:

Mit dem Altersvermögensgesetz 2001 wurde das Ziel ausgegeben, den Rentenversicherungsbeitrag bis 2020 nicht über 20% und bis 2030 nicht über 22% ansteigen zu lassen. In die Formel zur Berechnung des aktuellen Rentenwertes wurden dazu der „Riester-Faktor“ (2001) und der

„Nachhaltigkeitsfaktor“ (2004) eingeführt. Diese Dämpfungsfaktoren führen zu einem systematischen Absenken des Rentenniveaus bis zum Jahr 2030. Die Formel gilt gleichermaßen für die Bestandsrentner wie für zukünftige Rentner.

15 Jahre nach diesen „Reformen“ ist überdeutlich geworden:

Der Lebensstandard älterer Menschen wird systematisch gesenkt und ist für die sogenannten „Eckrentner“ bereits auf den Stand von vor 30 Jahren zurückgegangen.

Betrug das Nettorentenniveau (vor Steuern) 1990 noch 55%, ist es heute auf unter 48% gesunken und wird 2030 wahrscheinlich einen Stand zwischen 43% und 44% erreicht haben. In Eurobeträgen ausgedrückt: Eckrente West ist heute (48%): 1.136€ netto, 2030 (43%): 1.054€ netto, bei einem Niveau von 1990 (55%) wäre sie: 1348€ netto. Das Rentenniveau wird damit durch Gesetze, also planmäßig, um ca. 25% gesenkt!

Die politische Strategie, diese Absenkung der umlagefinanzierten Rente und die dadurch entstehenden Rentenlücken durch private Rentenversicherungen zu schließen, ist gescheitert (sie galt für die jetzige Rentnergeneration ohnehin nicht). Nicht einmal 30% der Anspruchsberechtigten zahlen in staatlich geförderte private Rentenversicherungsverträge ein. Die Erträge aus diesen Verträgen werden nicht ausreichen, um die Lücke auch nur annähernd zu schließen. Schon heute ist klar, dass die als ausreichend angesehenen Beiträge von 4% eine Farce sind, es wären 6%-8% erforderlich. Das Ergebnis ist dann immer noch sehr unsicher, weil jahrzehntelange vertragsgemäße Beitragsleistungen Voraussetzung sind, die von einer zunehmenden Zahl von Arbeitnehmern nicht mehr erbracht werden können.

Die Behauptung, die Reformen seien auch notwendig gewesen, um jüngere Generationen in Zukunft nicht zu überlasten, ist unhaltbar. Jede erwerbstätige Generation muss die jeweils aktuellen Sozialaufwendungen erarbeiten. Für die Rentenzahlungen ist es dabei egal, ob sie aus umlagefinanzierten oder aus angesparten Rentenkassen erfolgen.

Die umlagefinanzierte Rente ist allerdings sehr viel sicherer und deutlich kostengünstiger.

Finanzmarktkrisen oder Zusammenbrüche von Finanzkonzernen haben prinzipiell keinen Einfluss auf die Versorgungssicherheit durch die umlagefinanzierte Rentenversicherung.

2. Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Erläuterung:

Es ist absehbar, dass in wenigen Jahren viele Millionen Rentner in Armut leben werden. Das hat vier wesentliche Gründe:

1. die systematische Absenkung des Rentenniveaus (siehe Erläuterung zu Frage 1)
2. Gesetzesänderungen, mit denen staatliche Ersatzleistungen bzw. Aufstockungen für Langzeitarbeitslose und Niedriglohnempfängern gestrichen wurden
3. die enorm angewachsene Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse und unterbrochenen Erwerbsbiografien (zur Zeit über sieben Millionen)
4. das drastisch abgesenkte Erwerbsminderungsrenten-Niveau bzw. das Streichen der Berufsunfähigkeitsrente.

Mit folgenden Maßnahmen könnte Altersarmut effektiv bekämpft werden:

- Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse
- Anhebung der Anwartschaften von niedrigen sozialversicherungspflichtigen Einkommen auf 75% des Durchschnittseinkommens (alte Rechtslage)
- Einführung von Anwartschaften für Arbeitslosengeld-II-Empfänger von 75% des Durchschnittseinkommens (alte Rechtslage)
- Abschaffung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten vor dem 63. Lebensjahr
- Anhebung der Grundsicherung im Alter auf mindestens 940€ mit jährlicher Anpassung
- Zurücksetzen des Renteneintrittsalter von 67 auf 65 Jahre.

3. Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Erläuterung:

Die Dreiteilung der Altersversorgungssysteme in Deutschland wird in der Gesellschaft zunehmend als skandalös und ungerecht empfunden. Gesetzliche Rentenversicherung, Beamten- und Politikerversorgung und berufsständische Versorgungswerke sind Relikte aus dem vorletzten Jahrhundert.

Eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen, würde eine mit nichts zu rechtfertigende Ungleichbehandlung aufheben und eine breitere Finanzierungsbasis für die Altersversorgung schaffen.

4. Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken: Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der GRV umgeleitet werden?

Erläuterung:

Die Finanzausstattung der gesetzlichen Rentenversicherung wurde durch viele Maßnahmen geschwächt. Die Rücknahme bzw. Korrektur dieser Maßnahmen und zusätzliche Reformschritte können zu einer nachhaltigen und ausreichenden Finanzierung beitragen:

- Die Umwandlung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine **Erwerbstätigenversicherung**, in die zukünftig auch Beamte, Selbständige und Politiker einzahlen. Das führt zu einer Verbreiterung der Beitragsbasis und damit auch Verminderung von Schwankungen.
- **Versicherungsfremde Leistungen** werden künftig nicht mehr aus den Beiträgen der Versicherten finanziert, sondern ausschließlich durch staatliche Mittel. Nach Berechnungen der gesetzlichen Rentenversicherung und von Otto Teufel wurden in letzten Jahren 12 bis 15 Milliarden € pro Jahr für allgemeine sozialpolitische Leistungen nicht kompensiert (seit 1957 kumuliert bereits über 700 Milliarden €). Dieser Betrag wird

durch die sogenannte Mütterrente noch einmal deutlich höher ausfallen.

- Die **paritätische Finanzierung** durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgt wieder uneingeschränkt. Zur Zeit zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeweils 9,35% in die gRV. Die Arbeitnehmer (sollen) zusätzlich 4% in private Versicherungen einzahlen und haben damit eine Beitragslast von 13,35%. Bei gleicher Beitragsleistung würde jede Seite 11,35% einzahlen.
- Die **Umwandlung** von staatlich geförderten Privatversicherungsverträgen (Riester/Rürup) in Anwartschaften bei der gRV. Der staatlichen Zulagen zur Riesterrente betrug in den letzten Jahren 3 Milliarden €. Würden, wie eigentlich geplant, alle Anspruchsberechtigten „riestern“, betrüge die Zulagensumme 9 bis 10 Milliarden €.
- Allein durch die drei letztgenannten Maßnahmen würde das Finanzvolumen der gesetzlichen Rentenversicherung um 60 bis 70 Milliarden € gesteigert werden können. Das ist ein Volumen mit dem die von uns geforderten echten Reformen finanziert werden könnten und ein Großteil von Auswirkungen der demografischen Entwicklung zu bewältigen wären.

5. Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz IV Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

Erläuterung:

Eine Vielzahl von rentenpolitischen Gesetzen haben eine Reihe von Initiativen und Organisationen dazu bewegt, Proteste zu organisieren und Änderungsvorschläge zu formulieren. Wir wollen, dass die dahinterstehenden Interessen endlich ernst genommen werden und Korrekturen erfolgen:

- Schnellere Anpassung der Ost- an die Westrenten
- Wiedereinführung der Berufsunfähigkeitsrenten
- Korrekturen der nachgelagerten Besteuerung z.B. durch höhere Rentenfreibeträge
- Korrekturen bei den Beitragssätzen zur Kranken und Pflegeversicherung (GMG - Doppelverbeitragung; Pflegeversicherung; KK-Beiträge wie bei Altersteilzeit)
- Korrekturen bei der Anrechnung der Witwen-/Witwerrenten
- Erziehungszeiten für alle Jahrgänge auf 3 Jahre festsetzen
- Abschaffung der Zwangsverrentung für Hartz IV- Empfänger mit 63
- Riester-Rente einstellen und erreichte Guthaben in Anwartschaften bei der gRV umwandeln
-

(verantwortlich: RENTENPOLITIK-WATCH Trägerkreis; c/o DGB Region KERN, Legienstr. 22, 24103 Kiel – 04/2016)